

Vossische



Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der Illustrierten Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt, Kurszettel der Berliner Börse, Grundstück und Hypothek, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Hochschulblätter, Sport-Beilage, Für Reise und Wanderung.

Bezug: In Gross-Berlin und Umgegend durch eigene Boten täglich frei ins Haus und durch die Post monatlich 15 Mark. Anzeigen: Zeile 3 Mark und 66²/₃ % Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 2 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW. 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen

Verlag Ullstein. Chefredakteur Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin, Postcheckkonto Berlin 660.

Briand über den Verfallstag.

Eine neue Kammerrede.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

12. April, Paris.

In der Kammer wurde heute nachmittag der Gesetzentwurf für die Festsetzung des Sonderbudgets für das Jahr 1921 betreffend die in Ausführung des Friedensvertrages zu machenden Ausgaben, Pensionen, Prämien, Kriegsbeihilfen und Ausgaben für die befreiten Gebiete beraten. Der Berichterstatter der Kommission Pastreux führte aus, daß Deutschland von den bis Ende Mai zu zahlenden 20 Milliarden nur neun Milliarden in Gold bezahlt habe.

Die Wiedergutmachungskommission hat die deutscherseits erfolgten Zahlungen in natura auf über 11 Milliarden festgesetzt. Die Schätzungen der Kommission sind höchst schätzungen. In Wirklichkeit überschreiten die deutschen Zahlungen nicht drei Milliarden Goldmark. Diesen regierungsseitig festgestellten Zahlen stimmte die Kommission zu. Hiervon sind noch abzuziehen die Summen für die Kosten der Besatzungsarmee und die Vorschüsse laut dem Uebereinkommen von Spa. Nach den Abzügen wird Deutschland am 1. Mai kaum den hundertsten Teil der allgemeinen Wiedergutmachungsrechnung beglichen haben.

Wir haben bis jetzt 61 Milliarden für die Rechnung Deutschlands ausgelagt. Die Wiederherstellungsarbeiten, die noch auszuführen bleiben, werden 80 Milliarden kosten. Verteilt auf 10 Jahre, ergibt eine Jahresrate von 8 Milliarden, zu denen noch 4 Milliarden für Pensionen und 2 Milliarden für Anleihen kommen. Das milde Vorgehen während zweier Jahre hat Frankreich an den Rand des Bankrotts geführt. Wenn Deutschland nicht zahlt, muß Frankreich jetzt solche Garantien nehmen, daß es sich selbst bezahlt machen kann. Das ist eine Frage von Leben und Tod.

Der Abg. Desjardins schloß sich den Ausführungen des Berichterstatters in vollem Maße an. Dann ergriff Ministerpräsident Briand das Wort und führte aus:

„Es ist jetzt nicht die Stunde für Diskussionen über die größere oder kleinere Schuld, die Frankreich in den Dienst seines Rechtes gestellt hat, noch die Stunde, die Zahlungsschwierigkeiten Deutschlands zu messen. Einem Lande, das zwei Jahre wartete, darf man keine Worte anbieten, sondern Taten und Ergebnisse. (Lebhafte Beifall.) Das Pariser Abkommen hat zwischen den Verbündeten Uebereinstimmung ergeben. Die Londoner Konferenz hat erlaubt, Sanktionen festzusetzen, die ein erster Schritt auf dem Wege waren, zu dem sich die Regierung verpflichtete in der Hoffnung, nicht gezwungen zu sein, ihn bis zum Ende zu durchlaufen.“

Die Regierung hatte geglaubt, daß die Letter Deutschlands verstehen und bezahlen werden. Die Regierung sieht heute, daß Deutschland noch in der Selbstverfassung ist, die ihm erlaubt, auf Ausflüchte zu hoffen. Am 1. Mai wird sich Deutschland aber der Bilanz seiner Verpflichtungen und deren Verwirklichung gegenüber befinden. Wir haben eine Vollantwort, wenn bei Erscheinen des Gerichtsvollziehers der Schuldner hartnäckig bleibt und der Gen darm ihn besichtigt. (Großer Beifall.)

Es handelt sich nicht um Krieg, es handelt sich darum, den gültigen Schuldschein vorzuzeigen und dessen Einlösung zu erlangen. (Lebhafte Beifall.) Es ist eine Frage der einfachsten Gerechtigkeit. Wir haben den Deutschen alle nur denkbaren Konzessionen im Bereiche der Diskussion gemacht. Bedauern wir es nicht! (Sehr gut! Sehr gut!) Eine gewisse verleumderische Propaganda muß zerstört werden.

Unsere Schuld hat unsere Mäßigung und unsere Friedfertigkeit bewiesen, aber wir wären nicht ein Volk, das seiner selbst würdig wäre, wenn wir nicht fähig wären, aus unserem Siege die rechten Ergebnisse zu ziehen. (Lebhafte Beifall.) Man muß die Rechtsprechung walten lassen, die in den Händen der Wiedergutmachungskommission liegt, die in voller Unabhängigkeit vorgeht und vor der sich die Regierung beugt. Aber das Urteil muß ausgeführt werden. (Neuer Beifall.)

Deutschland hatte versprochen, gewisse Verbrechen zu bestrafen. Um sein Selbstbewußtsein zu schonen, haben die Verbündeten zugestimmt. Wo bleiben die Urteile?

Am 1. Mai wird Frankreich im Einverständnis mit seinen Verbündeten beim Reuepous zugegen sein. (Lebhafte Beifall auf allen Bänken.)

Nach der Rede wurde die Sitzung auf morgen vertagt.

Das neue deutsche Angebot.

Besprechungen innerhalb der Reichsregierung.

Die für gestern nachmittag anberaumt gewesene Sitzung des Reichskabinetts hat nicht stattgefunden. Sie ist ersetzt worden durch eine gewissermaßen inoffizielle Aussprache der anwesenden Kabinettsmitglieder untereinander über die Reparationsfrage und über ein neues deutsches Angebot an die Alliierten, das der Außenminister Dr. Simons in Bern angekündigt hat. Es hat den Anschein, daß Dr. Simons, der in der Schweiz keine Zusammenkünfte mit Mitgliedern der Entente-Regierungen oder der Entente-Diplomatie gehabt hat, wohl aber Besprechungen mit dem Schweizerischen Bundespräsidenten und dem Direktor des politischen Departements in Bern, Mitteilungen erhalten und Eindrücke gewonnen hat, die ihn zunächst zu dem prinzipiellen Entschlusse brachten, in der Reparationsfrage mit der Politik der Passivität, die seit der Londoner Konferenz befolgt worden ist, zu brechen, um die Initiative zu neuen Verhandlungen auf Grund neuer deutscher Vorschläge zu ergreifen.

Ueber die Form und den sachlichen Inhalt dieses Angebotes sind Beschlüsse bisher noch nicht gefaßt worden. Die gestrigen Besprechungen scheinen sich darauf beschränkt zu haben, daß Dr. Simons über seine Berner Eindrücke berichtete und daß ein Gedankenaustausch stattfand. Wie wir hören, wird diese Aussprache innerhalb der Reichsregierung, die gestern noch nicht zu Ende geführt wurde, heute fortgesetzt. Ob die Reichsregierung sich zu einem bestimmten Weg entschieden hat, steht noch nicht fest. Es scheint aber zumindest, daß sie einen solchen Weg zu finden trachtet.

Hardings Botschaft.

Für die Resolution Knox.

Washington, 12. April. (Reuter.)

Präsident Harding billigte in seiner Botschaft an den Kongress die Beendigung des technischen Kriegszustandes mit den Centralmächten Europas durch eine ausdrückliche Resolution des Kongresses mit der Maßgabe, daß alle Rechte der Vereinigten Staaten durchaus gewahrt würden. Der Präsident erklärte mit Bestimmtheit, daß die Vereinigten Staaten sich dem bestehenden Bünderbund nicht anschließen würden, fügte aber hinzu: „Wir geben, indem wir der Welt diese Mitteilung machen, in keiner Weise unser Ziel preis, eine Vereinigung (Assoziation) zu schaffen zur Förderung des Friedens, an der wir von ganzem Herzen teilnehmen würden. Wir erwägen diese Angelegenheit und hoffen, einen Plan einer solchen Vereinigung ausarbeiten zu können.“

Belagerungszustand in Griechenland?

Die Kämpfe in Kleinasien vor dem Parlament.

Athen, 11. April.

Die Nationalversammlung nahm heute abend ihre Arbeiten wieder auf. G. Unaris gab Erklärungen über die Verhandlungen auf der Londoner Konferenz ab und machte Mitteilungen über die kriegerischen Ereignisse in Kleinasien, wobei er seiner Ueberzeugung Ausdruck gab, daß sie reichlich für Griechenland enden werden. Er schloß der Versammlung vor, einen Gruß dem Heer in Kleinasien zu senden, von dem die Verwirklichung der national-griechischen Rechte abhängt. Stratos schloß vor, der ganzen Türkei solle der Krieg erklärt werden. Unaris erbat von der Versammlung die Ermächtigung, den Belagerungszustand zu erklären, worüber die Versammlung morgen beraten wird.

Aus Janina wird gemeldet, daß die albanische Regierung den Ausnahmezustand über ganz Nordepirus verhängte.

Konstantinopel, 11. April. (Havas.)

Die Türken sind zu einer neuen Offensive geschritten. Sie richtet sich von Denizli gegen Sari Keri im oberen Meanderthal. Man ist noch ohne Nachricht über das Ergebnis des Vorgehens, das augenscheinlich den rechten griechischen Flügel zu umgehen sucht.

Einheitsfront der Entente.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

12. April, Paris.

Trotz der Ankündigung neuer Vorschläge Deutschlands wird die Lage hier andauernd durchaus pessimistisch beurteilt. Ich hatte in den letzten Tagen Gelegenheit, mich mit einer ganzen Reihe von politisch interessierten französischen Persönlichkeiten, die ich als unterrichtet bezeichnen darf, zu unterhalten und konnte bei allen die gleichen Zweifel hinsichtlich der Möglichkeit einer gütlichen Lösung der Spannung und die gleiche Entschlossenheit zur gewalttätigen Schaffung einer neuen Lage feststellen, obgleich es sich um Vertreter ganz verschiedener Parteirichtungen handelte.

Man scheint allgemein davon überzeugt, daß die englische Regierung sich den erwarteten neuen Sanktionen, für die Frankreich offenbar bereits detaillierte Pläne ausgearbeitet hat, nicht widersetzen wird. Ich habe den Eindruck gewonnen, daß die Londoner Regierung sich tatsächlich seit langem in dieser Richtung gebunden hat und daß nichts trichter wäre, als wenn man auf deutscher Seite irgendwie auf eine Abwendung der Gefahr durch England rechnet. Auch die Möglichkeit einer amerikanischen Intervention zur Verhütung neuer Sanktionen scheint als ausgeschlossen zu gelten. Gerüchte, daß Dr. Simons in Bern versucht habe, die Schweiz zur Uebernahme einer Vermittlung zwischen Deutschland und den Verbündeten zu veranlassen, haben in französischen politischen Kreisen, soweit ich feststellen konnte, keinen Glauben gefunden. Man hält es für ausgeschlossen, daß der Reichsminister des Auswärtigen die wahre Lage derart verkennen sollte. Auf jeden Fall glaube ich versichern zu können, daß keine Art von Vermittlung Erfolg verspricht.

Sehr entschieden wird von französischer Seite auch der Gedanke einer Sonderunterhaltung zwischen Deutschland und Frankreich abgelehnt. Es ist bekannt, daß Frankreich früher wiederholt zu solchen Unterhandlungen bereit war. Jetzt aber ist nach französischer Auffassung, wie alle von mir befragten Persönlichkeiten übereinstimmend betonten, die Zeit zu einem derartigen Meinungs-austausch vorbei. Frankreich wird nach meiner Ueberzeugung in der Wiedergutmachungsfrage nur noch im engen Einvernehmen mit seinen Verbündeten, besonders England, handeln. Ich habe den Eindruck, daß man auf französischer Seite fast ängstlich bemüht ist, jeden Anschein eines geforderten Vorgehens zu vermeiden.

Neue Vorschläge Deutschlands müßten also — darüber waren die von mir befragten Franzosen gleichfalls einig — in aller Offenheit der Gesamtheit der Verbündeten unterbreitet werden. Man versicherte mir, daß die Vorschläge nur dann auf Annahme rechnen können, wenn die Pariser Beschlüsse darin grundsätzlich als Basis für die Lösung des Problems anerkannt werden. Es wäre nach meinen Eindrücken zwecklos, sich über die Tatsache hinwegzutäuschen, daß eine den deutschen Anregungen entsprechende Einigung über das „wie“ nur nach grundsätzlicher Anerkennung des in Paris vereinbarten „wie viel“ möglich sein wird. Die Pariser Gesamtsumme der festen und unänderlichen Annuitäten wird kapitalisiert auf rund 120 Milliarden Goldmark geschätzt, während die Wiedergutmachungsforderungen, die von den einzelnen Verbündeten beim Wiedergutmachungs-aus-schuss angemeldet wurden, einen Gesamtbetrag von etwa 180 Milliarden Goldmark erreichen werden, wie der „Petit Parisien“ heute morgen auf Grund einer zuverlässigen Auskunft berichtet hat.

Bei Beurteilung der Frage des „wie viel“ ist zu beachten, daß nach Ansicht der verbündeten Sachverständigen heute kein Mensch voraussehen kann, wie die Leistungsfähigkeit Deutschlands in 5 oder 10 Jahren sein wird. In französischen Blättern wurde in den letzten Wochen wiederholt angedeutet, daß die im Friedensvertrag vorgesehene Bestimmung, nach der die Leistungsfähigkeit Deutschlands in gewissen Fristen nachgeprüft werden kann, bei dem endgültigen Abkommen über die Wiedergutmachung im Falle einer entsprechenden deutschen Anregung zu berücksichtigen wäre, obgleich sie in die Pariser Beschlüsse nicht aufgenommen worden ist.

Ein Vorbehalt dieser Art würde denjenigen Deutschen, nach deren Auffassung Deutschland aus Gründen der Ehrlichkeit die Pariser Ziffern nicht unterschreiben darf, deren grundsätzliche Anerkennung vielleicht ermöglichen. Ferner ist zu beachten, daß französische Blätter in gewissen insinuierten Ausdrücken die Ermächtigung der zweiten Annuitäten bei entsprechender Ausdehnung der veränderlichen Annuitäten als denkbar bezeichnet haben. Ueber alle diese Fragen würde sich voraussichtlich reden lassen, falls Deutschland unter